

Notizen

Den bisherigen Diözesanbischof von Kroatien, Josip Bozanić, hat Johannes Paul II. zum neuen Erzbischof von Zagreb ernannt. Zuvor hatte der Papst das vor drei Jahren eingereichte Rücktrittsgesuch des bisherigen Amtsinhabers, Kardinal Franjo Kuharić, angenommen. Am gleichen Tag errichtete der Papst auch zwei neue Diözesen in Kroatien, die beide vom Territorium der Erzdiözese Zagreb abgetrennt wurden. Der Zagreber Weihbischof Marko Culej wurde erster Bischof der Diözese Varaždin, der Leiter des Katechetischen Instituts der Theologischen Fakultät von Zagreb, Antun Skorcević, erster Bischof von Požega.

Das US-amerikanische Verfassungsgericht urteilte in einer seit langem erwarteten Grundsatzentscheidung (vgl. HK, März 1997, 116 ff.) einstimmig, daß es in den USA kein Recht auf Tötung auf Verlangen durch Ärzte geben könne. Ein solches Recht habe keinen Platz innerhalb der Tradition der Vereinigten Staaten – auch nicht für Kranke, die sich in einem terminalen Stadium befänden und bei vollem Bewußtsein seien. Die Richter beharrten auf dem Unterschied zwischen (aktiver) Beihilfe zum Sterben und (passivem) Sterbenlassen. Der Supreme Court hob damit Entscheidungen zweier Berufungsgerichte auf, die Verbote von aktiver Sterbehilfe in den Bundesstaaten Washington und New York für verfassungswidrig erklärt hatten.

Den 67jährigen italienischen Vatikandiplomaten Oriano Quilici ernannte Johannes Paul II. zum neuen Nuntius für die Schweiz und Liechtenstein. Seit 1990 vertrat Quilici den Vatikan in Venezuela. Von 1971 bis 1975 war er bereits einmal im deutschsprachigen Raum tätig, und zwar in Wien als Nuntiaterrat bzw. als Ständiger Vertreter des Heiligen Stuhls bei der Internationalen Atomenergie-Behörde und der UN-Entwicklungsorganisation UNIDO. Quilici tritt damit die Nachfolge des im Frühjahr überraschend zum Nuntius in Ungarn berufenen Erzbischof Karl-Josef Rauber an.

Verhalten optimistisch reagierten die christlichen Kirchen auf die Übergabe der britischen Kronkolonie Hongkong an China am 1. Juli. Nach der Rede des neuen Regierungschefs von Hongkong, Tung Chee Hwa, vor der Vollversammlung des

Lutherischen Weltbundes, in der dieser die Achtung der Religionsfreiheit zugesichert hatte, äußerte sich LWB-Generalsekretär Ishmael Noko zufrieden und in der Überzeugung, „daß es in Hongkong für die Kirchen eine Zukunft gibt“. In seinem Brief an den Bischof von Hongkong, Kardinal John Baptist Wu Cheng-chung, versicherte Johannes Paul II. die Katholiken seiner Solidarität und zeigte sich zuversichtlich, daß die Bemühungen um die Evangelisierung in der Diözese Hongkong zunehmen würden, so daß sie mehr noch als zuvor die „Stadt auf dem Berg“ inmitten Chinas sein werde (O.R. 28.6.97). Der Präsident der taiwanesischen Bischofskonferenz, der Bischof von Kaoshiung, Paul Shan Kuo-hsi, erklärte gegenüber der katholischen Nachrichtenagentur „UCA News“, Hongkong werde keinerlei Schwierigkeiten zu befürchten haben.

In Briefen an Israels Ministerpräsident Benjamin Netanyahu und den Präsidenten der Palästinensischen Autonomiebehörde, Jassir Arafat, äußerte sich Johannes Paul II. besorgt über den Fortgang der Friedensbemühungen im Nahen Osten (Wortlaut in: Osservatore Romano, 27.6.97). Der Papst forderte die Verantwortlichen auf beiden Seiten dazu auf, alles zu vermeiden, was die Spannungen und Enttäuschungen weiter erhöhen könnte. Vor allem anderen müsse den palästinensischen wie den israelischen Führern das Schicksal ihrer Völker und die Zukunft der jungen Generation am Herzen liegen.

Mit Genugtuung habe man die Entscheidung des baden-württembergischen Verwaltungsgerichts zur Kenntnis genommen, das Anfang Juli die Verfassungsmäßigkeit des verpflichtenden Ersatzfaches Ethik bestätigt hatte, betonte die Katholische Erziehergemeinschaft (KEG) in einer Erklärung zu diesem Vorgang. Damit sei klargestellt, daß Kinder, deren Eltern keinen Religionsunterricht für sie wünschten, trotzdem ein Schulfach zu belegen hätten, das ausdrücklich auf die Thematisierung von persönlichen und sozialen Werten zentriert sei. Die KEG vermutet hinter dem Vorstoß, das Fach Ethik aus den Pflichtfächern zu streichen, eine bundesweit angelegte Strategie, „die sich vordergründig gegen das Ersatzfach Ethik richtet, aber in Wirklichkeit das Pflichtfach Religion meint.“

Zweiundzwanzig Jahre nach dem Ende der portugiesischen Kolonialherrschaft haben die Republik Angola und der Vatikan volle diplomatische Beziehungen aufgenommen. Wegen des mehr als 20 Jahre dauernden Bürgerkriegs in dem Land war dieser Schritt erst jetzt möglich. Seit April dieses Jahres wird das Land von einer Regierung der nationalen Einheit und Versöhnung regiert, der Vertreter der lange Zeit verfeindeten marxistischen MPLA wie auch der rechtsgerichteten UNITA angehören. In einer Presseerklärung des Vatikans aus Anlaß der Aufnahme diplomatischer Beziehungen heißt es, die katholische Kirche biete ihre Dienste an, um zur Heilung der Wunden des Krieges und zum Aufbau des Landes in Einheit und Demokratie beizutragen.

Das Basiskriterium zur Beurteilung des wirtschaftlichen Globalisierungsprozesses müsse die Frage bleiben, inwieweit dieser die vorrangige Wirklichkeit der einen Welt stärken und befördern könne, nämlich die Bestimmung, „eine Weltfamilie zu sein, in der alle Mitglieder die gleichen Rechte und den gleichen Zugang zu den Gütern der Schöpfung haben“, unterstrich der Sekretär des Päpstlichen Rates für Gerechtigkeit und Frieden, Diarmuid Martin vor der Jahreskonferenz des Wirtschafts- und Sozialrates der Vereinten Nationen (ECOSOC), die vom 30. Juni bis 25. Juli in Genf stattfand. Er erinnerte an die, die strukturell bedingt „Verlierer“ dieses Prozesses seien, vor allem die ärmsten und hochverschuldeten Länder. Ausdrücklich beklagte er die Auslandsverschuldung, die weltweite Korruption und den internationalen Handel mit Rüstungsgütern.

Auf der Grundlage des 1991 von den Anglikanischen Bischöfen verabschiedeten Dokumentes zu „Fragen menschlicher Sexualität“ diskutierte die Mitte Juli in York tagende Generalsynode der Church of England die kirchliche Position zur Homosexualität, „das wahrscheinlich derzeit schwierigste und am stärksten kontroverse Thema auf der anglikanischen Tagesordnung überhaupt“ (so ein Kommentar in The Tablet vom 5. Juli 1997). Die Synode bekräftigte die aktuelle kirchliche Haltung, die homosexuelle Partnerschaften unter Laien duldet, Klerikern jedoch untersagt, ihre sexuellen Neigungen zu praktizieren.